

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. Juli 1955

356/J

A n f r a g e

der Abg. Dipl.-Ing. Pius F i n k, G l a s e r, Dr. Josef F i n k,
M a y r und Genossen

an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe,
betreffend die Ermäßigung der Grundgebühr beim Telefon.

-.-.-

Verschiedenen Zeitungsberichten der letzten Wochen zufolge besteht die durchaus begrüßenswerte Absicht, die Grundgebühren beim Telefon zu ermäßigen, bzw. ganz abzuschaffen. Keine Rede war in den Pressemeldungen davon, daß auch die sogenannten Entfernungsgebühren ermäßigt, bzw. beseitigt werden sollen. Nun ist das Telefon, dessen Einleitung in den entlegenen Siedlungen schon mit großen Kosten verbunden ist, besonders in verschiedenen Notfällen geradezu eine Lebensnotwendigkeit für die Benützer geworden. Die Erhaltung dieser von der Entsiedlung stark bedrohten Wohnstätten liegt im Interesse des gesamten Volkes. Es muß daher Pflicht der Gemeinschaft sein, diese Gebiete nicht schlechter zu stellen als alle übrigen. Die Bedeutung eines Telefonanschlusses für die oft fernab von jedem Verkehr liegenden Fremdenverkehrsstätten sei hier nur am Rande vermerkt.

Die gefertigten Abgeordneten sind der Meinung, daß bei einer geplanten Ermäßigung bzw. Beseitigung der Grundgebühren beim Telefon auch die Entfernungsgebühren berücksichtigt werden sollen, und richten daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe die

A n f r a g e:

1. Entsprechen die Pressemeldungen über geplante Ermäßigungen der Grundgebühr beim Telefon den Tatsachen?
2. Wenn ja: Ist der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe bereit, bei dieser Ermäßigung auch eine Ermäßigung der Entfernungsgebühren durchzuführen?

-.-.-.-